



öffentlich

Betreff:

Arbeitsmöglichkeiten für Schulsozialarbeiter/innen

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 21.09.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.10.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bei künftigen Schulneubauprojekten oder -sanierungen, die mit Veränderungen von Raumzuschnitten verbunden sind, ein Büro für eine Schulsozialarbeiterin/einen Schulsozialarbeiter mit eingeplant wird.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe sieht vor, Schulsozialarbeit perspektivisch an jedem Schulstandort vorzuhalten. Hierfür müssen entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Bei entsprechender Berücksichtigung in der Planung der Nebenflächen ist eine Überschreitung der Vorgaben aus dem MBSJ-Raumprogramm nicht erforderlich.